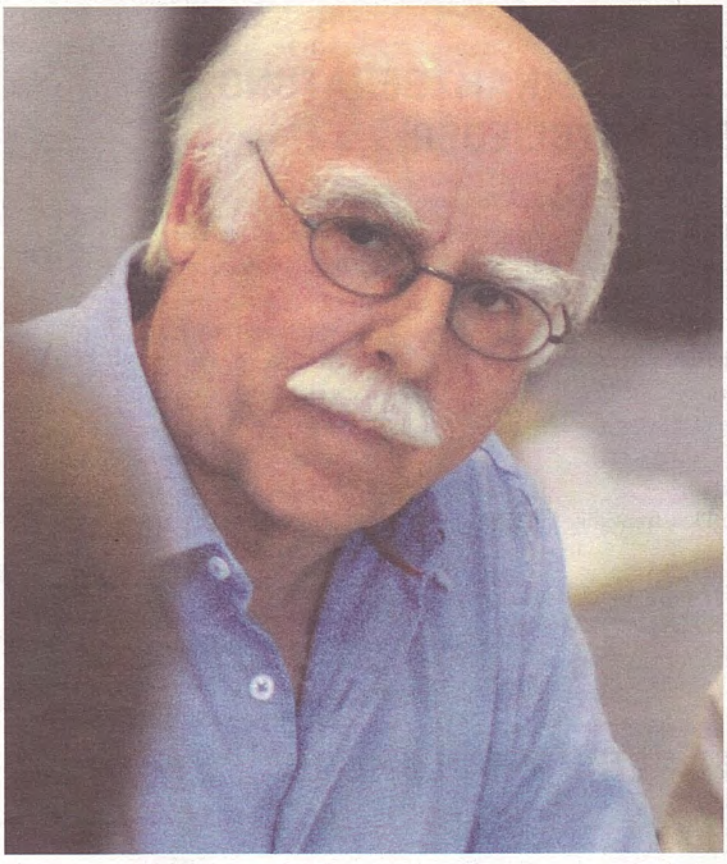
Das Ende der öffentlichen Schule?

Von Walter Herzog

Gemäss Professor Walter Herzog werden politische Gestaltungsaspekte unserer Schule der demokratischen Einflussnahme immer mehr entzogen. Es gelte, die Schule wieder in den Raum der Öffentlichkeit zu platzieren. Ein Plädoyer für mehr Mitsprache.



Zur Person
Prof. Dr. Walter Herzog ist emeritierter Ordinarius für pädagogische Psychologie der Universität Bern.

Was sind Schulen? Schulen sind Orte der Vermittlung. Sie vermitteln zwischen Vergangenheit und Zukunft, Familie und Gesellschaft, Kindheit und Erwachsen sein, Unselbständigkeit und Selbständigkeit. Weil Schulen in ihrem Kern vermittelnde Institutionen sind, können sie nicht einseitig von einem dieser Pole aus betrachtet werden. Weder sind sie der verlängerte Arm der Familien noch blosse Zulieferer der Gesellschaft. Weder sind sie allein den Bedürfnissen der Kinder verpflichtet, noch haben sie ausschliesslich die Erwartungen der Erwachsenen zu erfüllen. Immer müssen sie beide Seiten im Auge haben, da sie nur so ihre vermittelnden Leistungen erbringen können.

Wissen wir noch, was Schulen sind?

Das Wissen um den vermittelnden Charakter der Schule scheint zunehmend verloren zu gehen. Auf der einen Seite sind es Eltern, die der Schule vorwerfen, dem eigenen Kind nicht gerecht zu werden. Nicht selten gehen sie mit rabiaten Methoden gegen Lehrpersonen oder Schulbehörden vor und versuchen, ihrem Kind zu seinem vermeintlichen Recht zu verhelfen. Oder sie schicken ihr Kind auf eine Privatschule, unterrichten es selber zu Hause oder gründen eine Alternativschule, in der die Interessen der Kinder zum Lehrplan erklärt werden.

Nicht weniger auf den eigenen Vorteil bedacht ist die andere Seite, die heute mindestens so lautstark vertreten wird. Statt das individuelle Kind zum Massstab der Schule zu erklären, ist es die Wirtschaft, an deren Bedarf Schule und Unterricht gemessen werden. Daraus ergibt sich eine doppelte Ökonomisierung. Einerseits wird uns vorgerechnet, was Bildung kostet, welchen Ertrag sie abwirft und wie effizient das Bildungswesen arbeitet. Andererseits macht sich eine Mentalität breit, die uns nur noch in ökonomischen Kategorien über Schule und Unterricht denken lässt. Begriffe wie Input, Output, Best Practice, Standards, Rechenschaftslegung, Humankapital usw. suggerieren, Schulen liessen sich wie Unternehmen führen, die ein Produkt herstellen oder eine Dienstleistung anbieten.

Beide Positionen – die Bemessung der Schule nach den Bedürfnissen des individuellen Kindes wie ihre Unterwerfung unter den wechselnden Bedarf der Wirtschaft – missachten die vermittelnde Position der Schule. Sie verkennen zudem, dass die meisten Probleme der Schule nicht wirklich Probleme, sondern Dilemmata sind, die einseitige Lösungen nicht zulassen. Man denke an die widersprüchlichen Ziele von Förderung und Selektion, Grundbildung und Elitebildung, Integration und Separation oder an die endlosen Kontroversen um Notengebung ja oder nein, Hausaufgaben ja oder nein, Klassenrepetition ja oder nein. Keines dieser vermeintlichen Probleme lässt sich im strengen Sinn lösen, da sie struktureller Natur sind, insofern sie aus dem vermittelnden Charakter hervorgehen, durch den die Schule in ihrem Wesen ausgezeichnet ist.

Da man Dilemmata nicht lösen kann, muss man sich mit ihnen arrangieren. Das kann man auf verschiedene Weise tun. Aber wie man es tut, kann nicht dem Belieben anheimgestellt werden. Es kann auch nicht an die Lehrerinnen und Lehrer delegiert werden, die schlicht überfordert wären, wenn sie sich permanent mit den Dilemmata ihrer Berufsarbeit arrangieren müssten. Um festzulegen, wie sich unsere Schulen mit welchem Dilemma wie arrangieren sollen (ob wir zum Beispiel eine horizontal gegliederte oder eine Gesamtschule wollen), sind politische Entscheidungen gefordert, die in einer demokratischen Gesellschaft im Rahmen öffentlicher Auseinandersetzungen getroffen werden. Unsere Schulen sind nicht zuletzt deshalb öffentliche Einrichtungen, weil sie aufgrund ihres vermittelnden Charakters Dilemmata zur Folge haben, die nicht pädagogische, sondern politische Festlegungen erfordern.

Entpolitisierung der Bildungspolitik

Unsere Schulen sind keine Staatsschulen, auch wenn sie oft so genannt werden. Das bringt das erste Schulgesetz des Kantons Bern von 1835 klar zum Ausdruck. Sein Titel lautet: «Gesetz über die öffentliche Primarschule». In der Präambel heisst es, die Verfassung des Kantons Bern würde dem Volk und seinen Stellvertretern auferlegen, «für die Erziehung und den Unterricht der Jugend zu sorgen, und diesemnach [demnach, W.H.] die öffentlichen Schul- und Bildungsanstalten von Staatswegen zu unterstützen und zu befördern». Das ist insofern ein bemerkenswerter Satz, als er besagt, dass die Einrichtung von Schulen nicht die direkte Aufgabe des Staates, sondern des Volkes und damit der Öffentlichkeit ist, auch wenn wir beachten müssen, dass die moderne Schweiz erst 1848 ins Leben gerufen wurde und der Ausbau der Volksrechte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte. In dem Masse jedoch wie die Schule von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird, sind es diese und nicht der Staat, die festlegen, welche Gestalt sie ihrer Schule geben wollen.

Auch hier gilt, dass uns das Bewusstsein um die Öffentlichkeit als politisches Gestaltungsprinzip unserer Schule sukzessive abhandenzukommen scheint. Wobei es ausgerechnet die Bildungspolitik ist, die der Entwicklung Vorschub leistet. In dem Masse, wie die EDK zum vorherrschenden bildungspolitischen Akteur in unserem Land wurde, haben wir an demokratischen Einflussmöglichkeiten auf unsere Schulen verloren. Da der EDK eine gesetzgeberische Kompetenz fehlt, müssen ihre Beschlüsse auf kantonaler Ebene ratifiziert werden, um verpflichtend zu werden. Dabei ist kaum mehr eine Einflussnahme auf Details möglich, wie sich an allen Projekten der EDK aus jüngster Zeit belegen lässt: Harmos-Konkordat, Sonderpädagogik-Konkordat, Lehrplan 21, basale fachliche Studierkompetenzen am Gymnasium usw. Immer haben wir es mit Gesamtpaketen zu tun, die ohne direktdemokratische Rückkopplung in Gremien, deren Arbeit dem Öffentlichkeitsprinzip entzogen ist, ausgearbeitet wurden. Begründet wird der Ausschluss der Öffentlichkeit damit, dass der Reformcharakter der Projekte bestritten wird. Sowohl bei Harmos wie beim Lehrplan 21 lautet die Sprachregelung der EDK, dass dies keine Reformen seien, sondern nur ein Verfassungsauftrag umgesetzt werde. Dadurch verleiht die EDK ihrem Handeln einen technokratischen Anstrich.

Bestärkt wird die technokratische Unterwanderung der bildungspolitischen Öffentlichkeit dadurch, dass Expertinnen und Experten ein wachsender Einfluss auf unsere Schulen gewährt wird. Sie stellen zunehmend in Frage, dass Lehrerinnen und Lehrer fähig sind, ihre Schülerinnen und Schüler verlässlich zu beurteilen. Um das Malaise zu beheben, werden extern administrierte, vermeintlich objektive Leistungstests propagiert. Diese können von den Lehrkräften aber nicht selber durchgeführt werden, da es dazu psychometrisches Spezialwissen braucht. Indem über wesentliche Aspekte unseres Schulsystems zunehmend technokratisch und expertokratisch entschieden wird, findet eine eigentliche Entpolitisierung der Bildungspolitik statt.

Kritik am Lehrplan 21

Die wachsende Ignoranz gegenüber dem vermittelnden Charakter der Schule und eine entpolitisierte Bildungspolitik haben zur Folge, dass uns das Bewusstsein um den öffentlichen Charakter unserer Schule allmählich verloren geht. Davon betroffen sind nicht zuletzt die Lehrerinnen und Lehrer, deren Professionalität unter Druck gerät. Kaum ist es gelungen, dem Lehrerberuf durch die Einrichtung von Pädagogischen Hochschulen einen Professionalisierungsschub zu geben, sehen wir uns einer Bildungspolitik gegenüber, die das pure Gegenteil bewirkt. Indem wesentliche politische Gestaltungsaspekte unserer Schule der demokratischen Einflussnahme entzogen werden, gewinnt der Lehrerberuf immer mehr den Charakter eines Stellgliedes in einem kybernetischen Regelkreis, das der direkten Steuerung durch die Bildungsbehörden unterliegt.

Um den schleichenden Abbau der demokratischen Kontrolle unseres Bildungssystems zu stoppen, müssen wir die Schule wieder dort platzieren, wo sie hingehört: in den Raum der Öffentlichkeit. Dazu müssen wir den Einfluss der staatlichen Organe auf die Schule zurückbinden – nicht um der Privatisierung der Bildung das Wort zu reden, sondern um die Idee der öffentlichen Schule wieder stark zu machen. Das kann auf verschiedene Weise geschehen, was hier nicht im →

Detail diskutiert werden kann. Nur eine Möglichkeit sei aus aktuellem Anlass kurz angesprochen: die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Einführung eines neuen Lehrplans.

Zurzeit kann im Kanton Bern der Erziehungsdirektor die Lehrpläne der Volksschule und des Gymnasiums praktisch im Alleingang einführen. Das sollte mit Blick auf den öffentlichen Charakter unserer Schule korrigiert werden. Ein Lehrplan ist wie ein Schulgesetz als Dokument zu verstehen, das der öffentlichen Entscheidungsfindung unterliegt. Um der öffentlichen Auseinandersetzung ausgesetzt zu werden, sollte der Umfang eines Lehrplans allerdings den Umfang eines Schulgesetzes nicht überschreiten. Das ist ohne weiteres möglich, wenn der Lehrplan als Rahmenlehrplan angelegt wird, der wie ein Kompass die Zielrichtung vorgibt, aber nicht wie ein Rezeptbuch im Detail vorschreibt, was im Unterricht zu geschehen hat.

Wie immer man zum Lehrplan 21 stehen mag, in der Perspektive des schleichenden Zerfalls der Öffentlichkeit unserer Schule stellt er ein Danaergeschenk dar. Weder trägt er zur Stärkung der Professionalität des Lehrerberufs bei, noch wird er der technokratischen und expertokratischen Unterwanderung der Schule Einhalt gebieten. Bei der Abwägung von Pro und Contra zum Lehrplan 21 sind die Lehrerinnen und Lehrer daher gut beraten, dessen fragwürdige politische Implikationen mit in Rechnung zu stellen.

Nachgefragt

Interview: Franziska Schwab

Herr Herzog, im Frühling kommt die Initiative «Lehrpläne vors Volk» zur Abstimmung. Bildung Bern lehnt diese Initiative ab. Eine Annahme würde bedeuten, dass der bald in Kraft tretende Lehrplan sehr wahrscheinlich, nachdem die Schulen bereits zwei Jahre lang damit gearbeitet hätten, wieder aufgehoben würde, ohne dass ein neuer bereitstände. Stabilität und Ruhe sind wichtig für die Schule, damit sie arbei-ten kann. Was sagen Sie dazu?

Auch wenn die Initiative den Lehrplan 21 im Visier hat, betrifft sie diesen nicht direkt. Sachlich geht es ausschliesslich um eine Korrektur bei der Einführung eines neuen Lehrplans. Würde die Initiative angenommen, müsste eine weitere Initiative eingereicht werden, um den Lehrplan 21 zu attackieren. Auch wer für den Lehrplan 21 ist, kann der Initiative daher getrost zustimmen. Dadurch würde dem unhaltbaren Zustand, dass der Berner Erziehungsdirektor einen Lehrplan im Alleingang in Kraft setzen kann, ein Ende bereitet.

Bildung Bern ist überzeugt, dass das nackte Chaos ausbricht, wenn jede und jeder beim Lehrplan mitsprechen kann resp. dieser den politischen Interessen ausgesetzt würde. Sie sehen das anders?

Könnte man dies nicht genauso überzeugend für viele Themen sagen, über die wir in der Schweiz regelmässig abstimmen? Die Befürchtung ist für mich unbegründet, denn selbstverständlich wären verschiedene Bedingungen einzuhalten, die für einen Lehrplan gelten. So zum Beispiel die weltanschauliche Neutralität des Lehrplans, die Wissenschaftlichkeit als Kriterium für die Auswahl der Stoffinhalte, die Ausrichtung der Lernziele an der Idee der Allgemeinbildung, die Kompatibilität mit den gesetzlichen Grundlagen der Schule usw. Bei einem Kerncurriculum bzw. Rahmenlehrplan, wie er mir vorschwebt, geht es ja nicht darum, eine Fülle von Details zu regeln, über die man sich natürlich bestens streiten kann, sondern Grundsätzliches festzulegen, über das ein Konsens über Parteigrenzen hinweg nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Als wie wichtig beurteilen Sie eine Harmonisierung der Schweizer Schulen?

Ich orientiere mich an den Bildungsartikeln der Bundesverfassung (insbes. Art. 62). Was hier verlangt wird, ist vergleichsweise wenig, gilt aber – im Unterschied zum Lehrplan 21 – für die ganze Schweiz. Entscheidend ist für mich das Verhältnis von Zentralisierung und den beiden fundamentalen Integrationsmechanismen unseres politischen Systems, nämlich dem Föderalismus und der direkten Demokratie. Jede Harmonisierung, die den Föderalismus oder die direkte Demokratie schwächt, halte ich für falsch. Womit ich keineswegs ausschliesse, dass wir uns über die Weiterentwicklung unseres politischen Systems Gedanken machen müssen. Leider tun wir dies zurzeit viel zu wenig.

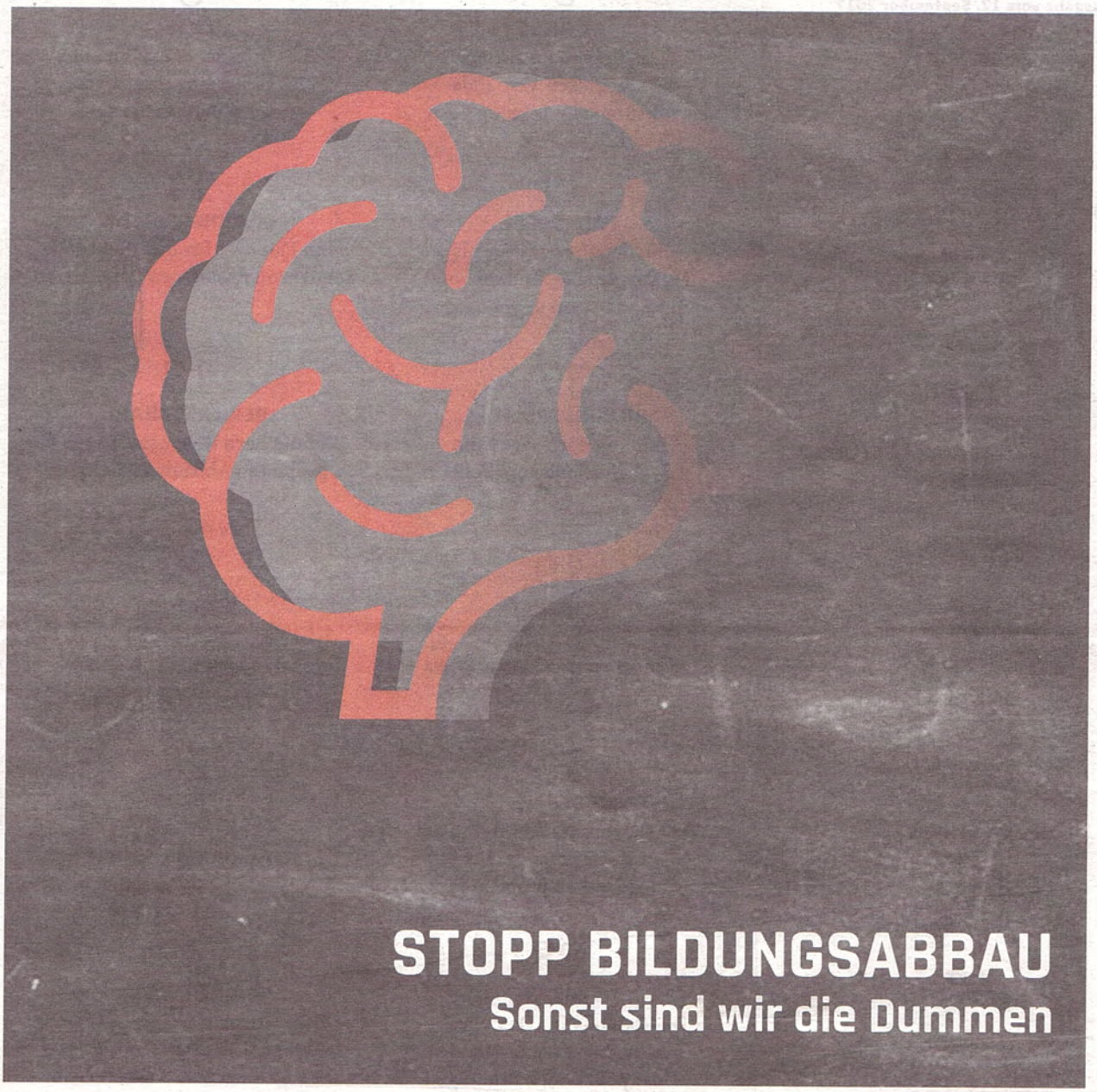
Wie müsste ein neuer Lehrplan Ihrer Ansicht nach ganz konkret entwickelt werden?

Das lässt sich in wenigen Worten kaum sagen. Jedoch sehe ich grundsätzlich kein anderes Vorgehen als dasjenige, das wir bei der Ausarbeitung oder Revision eines Gesetzes wählen. Wesentlich ist zweifellos, dass bei der Entwicklung eines Lehrplans ausreichend Sachverstand einbezogen wird. Das tun wir aber bei allen Erlassen, die eine sachliche Dimension aufweisen.

BERNER SCHULE

ÉCOLE BERNOISE 05/17

AZB 3001 Bern POST CH AG



Stopp Bildungsabbau
Aktionen von Bildung Bern

Lehrpläne vors Volk
Bildung Bern sagt NEIN

Verbandsstrukturen
Das Präsidium erklärt die Komplexität

Ausgabe vom 12. September 2017

IMPRESSUM

Berner Schule
(vormals «Berner Schulblatt»)
150. Jahrgang/150e année
ISSN 1661-2582

Erscheint 7-mal pro Jahr
Auflage/Tirage: 10 120 (WEMF/SW-beglaubigt 12-13)

Herausgeber/Editeur
Bildung Bern
Formation Berne

Adresse
Bildung Bern
Monbijoustrasse 36
Postfach
3001 Bern

E-Mail: bernerschule@bildungbern.ch
www.bildungbern.ch

Redaktion
Beat Wirz (BW)
Tel. 031 326 47 57

Gestaltung
Anna Katharina Bay-Dübi
Tel. 031 326 47 58

Traduction
Apostroph Group

Korrektorat
Renate Kinzl

Anzeigenmarketing
Stämpfli AG
Wölflistrasse 1, Postfach 8326
3001 Bern
Tel. 031 767 83 30
therese.herren@staempfli.com

Druck
DZB Druckzentrum Bern AG

Abonnemente/Abonnements
Nichtmitglieder/Non-membres:
CHF 48.–/Jahr inkl. MWSt.

Aufgrund einer Leistungsvereinbarung mit der Vereinigung der Studierenden der PHBern (VdS) wird die Zeitschrift auch rund 1500 Studierenden zugeschickt.

Bestellungen und Adressänderungen
Geschäftsstelle Bildung Bern
Tel. 031 326 47 47

Nächste Ausgabe: 31. Oktober 2017
Prochaine édition: 31 octobre 2017
Redaktionsschluss: 13. Oktober 2017, 7.00 Uhr
Délai rédactionnel: 13 octobre 2017, 7.00 h

5
AKTUELL
Das Präsidium erklärt die komplexen Verbandsstrukturen von Bildung Bern

8
ACTUEL
Les présidents expliquent les structures complexes de Formation Berne

11
PÄDAGOGIK
Ein Schulprogramm als Massnahme gegen Mobbing und Aggression in der Klasse

14
BILDUNGSPOLITIK
Ein Plädoyer für die öffentliche Schule von Professor Walter Herzog

17
BILDUNGSPOLITIK
Bildung Bern sagt Nein zu «Lehrpläne vors Volk»

18
GEWERKSCHAFT
Bildung Bern wehrt sich gegen die geplanten Abbaumassnahmen

19
SYNDICAT
Formation Berne s'oppose aux mesures restrictions prévues

22
BERATUNG
Ist es eigentlich problematisch, SchülerInnen mit dem Privatauto zu transportieren?

23
CONSEIL
Transporter des élèves dans sa voiture personnelle, pose-t-il un problème?

26
FOKUS
Unterricht ohne Störungen? Gibt es nicht!

28
FOKUS
Der Campus für Demokratie macht Angebote im Bereich der politischen Bildung

32
FINANZRATGEBER
Oliver Grob zur Frage: Darf ich im Rentenalter erwerbstätig sein?

33
GUIDE FINANCIER
Oliver Grob à la question: Puis-je exercer une activité lucrative à l'âge de la retraite?

43
DAS LETZTE WORT
Zählen Sie fünf Bücher von Frauen auf, die Sie gelesen haben ... Eben!

Titelbild: Kampagne Stopp Bildungsabbau